



27. Oktober 2025

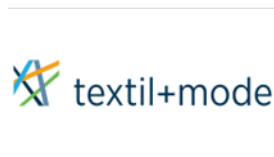
Geplante Ausweitung des CBAM - Industrielle Basis sichern, Wettbewerbsfähigkeit erhalten

Nach den Plänen der EU-Kommission soll der Anwendungsbereich bis Ende 2025 erweitert und bis 2034 auf nahezu alle Industriegüter ausgeweitet werden. Eine solche Maßnahme würde die exportorientierte Industrie, den Handel, vor allem aber den Mittelstand in Deutschland massiv belasten und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts gefährden.

Bereits die aktuelle Umsetzung zeigt deutliche Schwächen: komplexe Bürokratie, fehlende digitale Verfahren, unklare WTO-Konformität sowie das Ausbleiben eines wirksamen Schutzes vor Carbon Leakage. Statt diese Mängel zu beheben, droht nun eine Ausdehnung auf weitere Sektoren. Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussion stehen nachgelagerte Produkte – z. B. Maschinen, Autos, Elektrowaren, Werkzeuge, Verpackungen. Auch über die Einbeziehung von Chemikalien, Kunststoffen und Bauelementen (wie Glas, Keramik oder organische Grundstoffe) wird spekuliert, genau wie über Metallschrotte. Schließlich will die Kommission auch bei Stromimporten Anpassungen und zusätzliche Emissionsregeln prüfen.

Dabei zeigt sich schon heute, dass CBAM erhebliche Schwächen aufweist, gerade auch bei weiterverarbeiteten Produkten (sogenannten Downstream-Produkten) wie etwa Schrauben. Statt diese zu beheben, droht mit der Ausweitung eine Verschärfung bestehender Probleme:

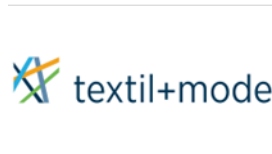
- **Bürokratie und Kosten:** Der Verwaltungsaufwand würde sich massiv erhöhen – besonders für KMU und Unternehmen, die nur in kleinen Mengen oder unregelmäßig importieren. Bereits die aktuelle Umsetzung bindet erhebliche Ressourcen, eine Ausweitung würde dies vervielfachen.



- **Komplexität globaler Lieferketten:** Bei weiterverarbeiteten Produkten mit zahlreichen Vorstufen ist der Nachweis der Emissionen kaum praktikabel. Die Gefahr fehlerhafter oder unvollständiger Berichte steigt und unterminiert die Glaubwürdigkeit des Systems.
- **Wettbewerbsfähigkeit und Carbon Leakage:** Statt einen wirksamen Schutz zu schaffen, droht die Ausweitung neuer Wettbewerbsnachteile. Produktionsverlagerungen ins Ausland und der Verlust von Arbeitsplätzen werden wahrscheinlicher.
- **Handelskonflikte:** Die geplante Ausdehnung birgt erhebliche Risiken für internationale Handelsbeziehungen. Drittstaaten könnten Gegenmaßnahmen ergreifen oder Klagen bei der WTO einreichen – mit unkalkulierbaren Folgen für die deutsche Exportwirtschaft.
- **Soziale und wirtschaftliche Auswirkungen:** Preissteigerungen und Verzögerungen entlang der Lieferketten treffen besonders sensible Industrien wie Bau, Metallverarbeitung oder Elektronik. Dies gefährdet Wohlstand, Investitionen und Beschäftigung am Standort Deutschland.
- **Nachhaltigkeit und Rohstoffsicherung:** Eine Ausweitung des CBAM auf Metallschrotte, wäre ein gefährlicher Irrweg für die nachhaltige Ausrichtung der deutschen und europäischen Wirtschaft. Schrotte sind kein Emissionsproblem, sondern die Grundlage einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft. Ihr Handel stärkt Recyclingprozesse weltweit und sorgt dafür, dass wertvolle Rohstoffe wiederverwendet statt vernichtet werden. Wer den Schrotthandel beschränkt, gefährdet den Klimaschutz. CBAM auf Rohstoffe wie Ferromangan und Ferrochrome, zwei zentrale Produkte für die Stahl- und Gießereindustrie, ist höchst kritisch und widerspricht der europäischen Strategie der Rohstoffsicherung.

Wir sprechen uns daher klar gegen eine vorschnelle Ausweitung des CBAM aus. Notwendig sind:

- **Stopp der Ausweitung**, bis bestehende Mängel behoben sind.
- **Umfassende Folgenabschätzung** für Industrie, Handel und Beschäftigung.
- **Sicherung des Carbon-Leakage-Schutzes**, u. a. durch Beibehaltung kostenloser Zertifikate.



- **Effiziente, digitale Meldeprozesse**, die praxistauglich und ressourcenschonend sind.
- **WTO-Konformität und internationale Abstimmung**, um Konflikte und Retorsionen zu vermeiden.
- **Exportausgleich („Carbon Cost Rebate“)** zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auf Drittlandsmärkten.

Eine Erweiterung ohne diese Voraussetzungen wäre eine riskante Fehlentscheidung mit gravierenden Folgen für Industrie, Handel, Mittelstand und Beschäftigung. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, sich im laufenden Gesetzgebungsverfahren entschieden gegen die geplante Ausweitung einzusetzen, bis ein fairer, praktikabler und international abgestimmter Mechanismus gewährleistet ist.